

## A6NEU 5. Nachhaltig und fair - Wirtschaft und Arbeit der Zukunft gestalten

Antragsteller\*innen:

### Text

#### 1610 5. Nachhaltig und fair - Wirtschaft und Verwaltung der Zukunft 1611 gestalten

1612 Vom Solo-Selbstständigen über Einzelhandel und Kreativwirtschaft bis zum Handwerk und zur  
1613 Industrie – die Wirtschaft in Neukölln ist breit aufgestellt. Als Arbeitgeber\*in oder  
1614 Anbieter\*in von Produkten und Dienstleistungen, ist sie ein unerlässlicher Bestandteil  
1615 unseres gesellschaftlichen Lebens – und trägt damit auch eine große Verantwortung für die  
1616 Gemeinschaft. In den kommenden Jahren möchten wir die Transformation vorantreiben, hin zu  
1617 einer sozial-ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaft, mit „guter Arbeit“ und einer  
1618 Produktion, die Ressourcen und Umwelt nicht belastet.

1619 Über Jahre wurden die Bezirke in Berlin kaputtgespart. Seit 2016 haben wir Grüne die  
1620 Kehrtwende eingeleitet und in der Landesregierung dafür gesorgt, dass die Bezirke für ihre  
1621 Aufgaben wieder besser ausgestattet werden. Endlich war es möglich, den Personalbestand  
1622 wieder zu stärken – berlinweit wurden in nur vier Jahren 20% neue Stellen in den  
1623 Bezirksverwaltungen geschaffen. Das Resultat lässt sich sehen und spüren: die  
1624 Serviceangebote für Bürger\*innen konnten auf- und der Investitions- und Sanierungsstau im  
1625 Bereich öffentlicher Gebäude abgebaut werden. In den kommenden Jahren möchten wir dafür  
1626 sorgen, dass sich die Bezirksverwaltung noch diverser und klimafreundlicher und digitaler  
1627 aufstellt und über partizipative Verfahren und Angebote sicherstellt, dass  
1628 Neuköllner\*innen über noch mehr an Bezirkspolitik beteiligt werden.

#### 1629 **Schlüsselprojekte:**

- 1630 • **Kreislaufwirtschaft made in Neukölln**  
1631 Wir wollen den Weg zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft einschlagen, die erst  
1632 gar keinen Müll produziert. Dazu wollen wir eine Zero-Waste-Strategie für Neukölln  
1633 vorantreiben und in Pilotprojekten konkrete Ansätze ausprobieren und fördern, bspw.  
1634 Re-Use-Modelle oder Mehrweglösungen für gastronomische Abhol- und Lieferdienste. Auf  
1635 dem Rollberg schaffen wir ein “Zero-Waste-Haus” als Ort für Innovationen und  
1636 Bildungsarbeit.
- 1637 • **Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt**  
1638 Um Menschen in Neukölln neue Chancen in Arbeit zu geben, wollen wir Unternehmen  
1639 stärker in "Berufsqualifizierungsnetzwerke" einbinden. Dafür möchten wir das  
1640 Jobcenter Neukölln in das Landesprogramm „Berlin braucht dich“ der  
1641 Integrationsbeauftragten aufnehmen, verstärkt lokale Betriebe in den Kiezen  
1642 beteiligen und Menschen, die lange arbeitslos waren, über die Programme von Land und  
1643 Bund neue Möglichkeiten in öffentlich geförderter Beschäftigung geben.
- 1644 • **Beteiligung stärken - Bürger\*innenhaushalt und Bürger\*innenräte einführen**  
1645 Wir wollen die bezirkliche Demokratie stärken und neue Instrumente der Beteiligung  
1646 einführen. Dazu wollen wir Bürger\*innenräte einrichten, in denen zufällig geloste  
1647 Menschen aus dem Bezirk an Entscheidungsprozessen mitwirken können – etwa zur  
1648 Definition und konkreten Umsetzung lokaler Klimaschutzziele. Außerdem sollen die

1649 Neuköllner\*innen im Rahmen eines echten Bürger\*innenhaushalts über einen  
1650 festgelegten Teil des Bezirkshaushaltes direkt entscheiden können.

## 1651 5.1. Sozial-ökologische Transformation der lokalen Wirtschaft

### 1652 Lokales Gewerbe sichern und nachhaltig fördern

1653 Steigende Gewerbemieten in Neukölln führen nicht nur zu einer Abwanderung kleiner  
1654 Handwerksbetriebe und Geschäfte, sie verdrängen auch wohnortnahe KITAS und andere soziale  
1655 Einrichtungen, die oftmals die hohen Preise nicht bezahlen können. Da im Unterschied zu  
1656 Wohnungsmieten kaum belastbare Informationen über Höhe und Entwicklung der Pacht und  
1657 begleitender Vertragskonditionen vorliegen, wollen wir uns für eine Verbesserung der  
1658 verfügbaren Datenlage einsetzen.

1659  
1660 Wir möchten in unseren Kiezen ein breites Angebot lokaler Dienstleistungen sichern und  
1661 dafür den im Wohnbereich erfolgreichen Milieuschutz auch auf Gewerbemieten ausweiten. Wir  
1662 Grüne haben eine Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg  
1663 gebracht. Und berlinweit setzen wir uns dafür ein, dass die landeseigenen  
1664 Wohnungsunternehmen kostengünstige Angebote für die Mieter\*innen von Gewerberaum machen,  
1665 die wir in der Stadt für den Erhalt der sozialen Infrastruktur und für kleinteiliges  
1666 Gewerbe brauchen.

1667 Die Wirtschaftsförderung für kleine, gemeinwohlorientierte und umweltverträgliche  
1668 Unternehmen wollen wir stärken. Dazu streben wir eine Erweiterung der bezirklichen  
1669 Wirtschaftsförderung „Unternehmen Neukölln“ um die Themen Solidarische Ökonomie und  
1670 Nachhaltigkeit an. Zur Förderung gehört die Unterstützung von Gründer\*innen, insbesondere  
1671 wenn sie solidarisch, zukunftsfähig und nachhaltig wirtschaften, und die Stärkung von  
1672 Unternehmer\*innen-Netzwerken im Bezirk.

1673 Kultur- und Kreativwirtschaft gehört unverzichtbar zur lokalen Wirtschaft in Neukölln. Sie  
1674 schafft Arbeitsplätze, trägt zur Stabilisierung von Quartieren und zur  
1675 Standortprofilierung bei. Hier wollen wir bereits existierende Angebote ausbauen und  
1676 festigen.

1677 In Zusammenarbeit mit migrantischen Unternehmensverbänden wollen wir  
1678 Weiterbildungsmaßnahmen für Kleinst- und Kleinbetriebe voranbringen und die gezielte  
1679 Förderung von Unternehmen ausbauen, die von Menschen und insbesondere Frauen mit  
1680 Migrationsgeschichte geführt werden. Informationen über vorhandene Fördermaßnahmen, aber  
1681 auch wichtige Genehmigungs- und Kontrollverfahren sollen besser bekannt gemacht werden. Auf  
1682 Landesebene wollen wir den Zugang migrantischer Betriebe zu den Kreditprogrammen der  
1683 Landesbank IBB erleichtern – durch mehr Austausch und Information, aber auch durch  
1684 anonymisierte Antragsverfahren.

### 1685 Solidarische Ökonomie und Kreislaufwirtschaft stärken

1686 Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Dazu gehören für uns Formen der  
1687 solidarischen Ökonomie wie selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften, und Open-Source-  
1688 Initiativen. Sie stehen für eine Art des Wirtschaftens, die langfristige und faire  
1689 Arbeitsverhältnisse schafft, regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und das Gemeinwesen,  
1690 nicht den Profit, in den Vordergrund stellt. Wir wollen zugeschnittene Beratungsangebote  
1691 schaffen und ausbauen und uns dafür einsetzen, dass Gründer\*innen aus diesem Sektor einen  
1692 gleichberechtigten Zugang zu Fördermaßnahmen erhalten. Auf Landesebene wollen wir uns  
1693 weiterhin dafür einsetzen, dass europäische Fördergelder besser abgerufen werden, um damit  
1694 die die Wirtschaftsförderung in Neukölln weiter auszubauen.

1695 Die Idee der Kreislaufwirtschaft möchten wir in allen Bereichen der Wirtschaft stärken.  
1696 Wir begrüßen private Initiativen wie das „Circular Economy House“ (CRCLR) auf dem  
1697 Rollberg-Areal und freuen uns, dass "Yesil Cember" mit seiner Umweltbildung und den  
1698 gemeinnützigen Re-Use-Projekten im Rollbergviertel aktiv ist. Wir setzen uns darüber  
1699 hinaus für die Einrichtung eines gemeinnützigen Re-Use- und Zero-Waste-Hauses in direkter  
1700 Nachbarschaft ein. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem gebrauchte Waren neue  
1701 Besitzer\*innen finden, an dem unverpackt eingekauft werden kann und der Raum für  
1702 Innovation und Bildungsarbeit im Bereich Nachhaltigkeit, Abfallvermeidung und Upcycling  
1703 bietet. Initiativen und Start-Ups sollen hier bezahlbare Räume finden.

1704 Wir GRÜNE werden uns für die Entwicklung einer Zero-Waste-Strategie für Neukölln  
1705 einsetzen. Auf Landesebene haben wir hier schon viel erreicht, indem wir etwa die  
1706 Müllvermeidung ins Zentrum der Berliner Abfallstrategie 2020-30 gestellt oder Konzepte für  
1707 die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung in die Berliner Ernährungsstrategie  
1708 aufgenommen haben. Das kritische Hinterfragen der Abfallproduktion führt nicht nur zur  
1709 Abnahme der Vermüllung des öffentlichen Raums, sondern auch zu einer wirtschaftlich  
1710 sinnvollen, effizienten Ressourcennutzung. Mehrweglösungen möchten wir in Neukölln mit  
1711 einem Pilotprojekt für gastronomische Abhol- und Lieferdienste fördern.

1712 Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche bekämpfen

1713 Der Cum-Ex-Skandal hat Steuerzahler\*innen Milliarden gekostet, Wirecard zeigt, wie  
1714 Behörden und große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die Augen vor Wirtschaftskriminalität  
1715 verschließen. Vermögen aus Raub, ausbeuterischer Prostitution, Erpressung, Korruption oder  
1716 illegalem Immobilienhandel finden im „Geldwäsche-Paradies“ Deutschland weitestgehend  
1717 ungehindert den Weg in den Wirtschaftskreislauf. Auch viele Menschen in Neukölln leiden  
1718 unter diesen Machenschaften.

1719 Organisierte Kriminalität ist ein gravierendes Problem, gegen das wir Grüne auf allen  
1720 Ebenen systematisch vorgehen. Im Bundestag setzen wir uns gegen starken Lobby-Widerstand  
1721 für Transparenz im Immobiliensektor ein. In Berlin wurde unter dem GRÜNEN Justizsenator  
1722 Dirk Behrendt bei der Staatsanwaltschaft eine neue Abteilung für Vermögensabschöpfung  
1723 sowie beim Berliner Landgericht eine Taskforce zur Bekämpfung von Geldwäsche eingerichtet.  
1724 Beides mit Erfolg: In mehreren tausend Fällen wurden Vermögen eingezogen und Notare werden  
1725 nun überprüft, um sicherzustellen, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommen, Verdachtsfälle  
1726 von Geldwäsche zu melden. Schon die bisherigen Fälle zeigen die Wirksamkeit dieses  
1727 Ansatzes. Diesen effizienten Weg werden wir von Neukölln aus weiter unterstützen. Placebo-  
1728 und PR-Maßnahmen, die ganze Straßenzüge und Bevölkerungsgruppen rassistisch stigmatisieren  
1729 oder Shisha-Bars pauschal als Ort der Kriminalität verunglimpfen, lehnen wir entschieden  
1730 ab.

1731

1732 **5.2. Gute Arbeit für Neukölln - Menschen Perspektiven geben**

1733 Ausbau der Unterstützungsangebote bei der Arbeitssuche

1734 Viele Menschen sind bei der Suche nach Arbeit und der beruflichen (Weiter-)Qualifizierung  
1735 auf Hilfe angewiesen. Wir wollen die Neuköllner\*innen in einem solch wichtigen  
1736 Lebensbereich unterstützen und die Angebote des Jobcenters stärker an ihren Bedürfnissen  
1737 orientieren. Dazu gehört auch, dass das Jobcenter der Vielfalt Neuköllns Rechnung trägt  
1738 und Leistungen und Angebote entsprechend anbieten kann.

1739 Wir fordern den Ausbau der Mehrsprachigkeit in der Beratung, insbesondere auch durch die  
1740 vermehrte Einstellung von Fachkräften mit Migrationsgeschichte. Wo das nicht in  
1741 ausreichendem Maße möglich ist, wollen wir die Zusammenarbeit von Jobcenter und Behörden  
1742 mit Sprachmittler\*innen und migrantischen Selbstorganisationen weiter stärken.  
1743 Insbesondere Geflüchtete ohne Deutschkenntnisse erleben oft einen erschwerten Zugang zum  
1744 Arbeitsmarkt. Mit der Stabsstelle „Dialog und Zukunft“ konnten bei der Integration  
1745 Geflüchteter in den Arbeitsmarkt Erfolge erzielt werden.

1746 Für mehr Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche, People of Color,  
1747 Frauen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen wollen wir Neuköllner  
1748 Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen, etwa durch deren aktive Eingliederung in  
1749 Berufsqualifizierungsnetzwerke. Dafür möchten wir das Jobcenter Neukölln in das  
1750 Landesprogramm „Berlin braucht dich“ der Integrationsbeauftragten aufnehmen. Außerdem  
1751 wollen wir die Angebote des Netzwerk BQN e.V. verstärkt an lokale Betriebe in den Kiezen  
1752 vermitteln. Arbeitssuchende erhalten so passgenaue Unterstützung und tragen dazu bei, dass  
1753 die diverse Gesellschaft ein Erfolgsfaktor für Neuköllns Wirtschaft wird.

1754 Weniger Bürokratie, bessere Beratung

1755 Zudem wollen wir die in Teilen überbordende und kleinteilige Jobcenter-Bürokratie abbauen  
1756 und den damit einhergehenden entwürdigenden Umgang mit Menschen in Not beenden. Während  
1757 der Pandemie hat sich gezeigt, dass Veränderungen möglich sind. Auf Vorladungen wurde  
1758 verzichtet und stattdessen stärker auf Angebote und freiwilligen Kontakt gesetzt. Dies  
1759 wollen wir soweit möglich beibehalten. Auf Sanktionen wollen wir soweit rechtlich möglich  
1760 verzichten, damit die beratenden und unterstützenden Angebote des Jobcenters im  
1761 Vordergrund stehen und ihre volle Wirkung entfalten können. So entlasten wir  
1762 Mitarbeiter\*innen im Jobcenter und schaffen neue Kapazitäten für eine bessere Beratung der  
1763 Arbeitssuchenden. Möglichkeiten für digitale Antragstellung sowie das Ein- und Nachreichen  
1764 von Unterlagen sollen weiter ausgebaut werden. Digitale Dienste können auch eine  
1765 Terminvergabe in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Kund\*innen unterstützen, so dass  
1766 Sanktionen wegen Terminversäumnissen zur Ausnahme werden. Nicht immer lassen sich  
1767 Konflikte vermeiden. Sie lassen sich aber durch Mediation und Empathie lösen. Wir setzen  
1768 uns daher für die Einrichtung einer Schlichtungsstelle im Jobcenter ein.

1769 Perspektiven für Langzeitarbeitslose schaffen

1770 Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für viele Menschen und ihre Familien  
1771 Perspektivlosigkeit. Oftmals ist dieser Zustand keineswegs selbstverschuldet oder gewollt.  
1772 Stattdessen ist Langzeitarbeitslosigkeit häufig die Folge von Erkrankungen, , fehlender  
1773 sozialer Auffangsysteme , das Resultat rassistischer, sexistischer und queerfeindlicher  
1774 Einstellungen oder Ergebnis von Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Wir GRÜNE  
1775 arbeiten daran, diese strukturellen Barrieren abzubauen, auch wenn das natürlich ein  
1776 langfristiges Ziel ist. Den jetzt betroffenen Menschen wollen wir den Wiedereinstieg in  
1777 den Beruf durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Neukölln ermöglichen  
1778 und erleichtern. Im Rahmen unserer Ziele zur Bekämpfung von Kinderarmut wollen wir  
1779 besonders auf betroffene Familien zugehen. Dabei können Integrationsfachkräfte, wie sie  
1780 etwa in Berlin-Mitte im Einsatz sind, einen wichtigen Beitrag leisten. Sie nehmen die  
1781 Situation der gesamten Familie in den Blick, bauen Vertrauen auf und helfen, die jeweils  
1782 passenden Angebote für alle Familienmitglieder zu erkennen und koordiniert einzusetzen. So  
1783 können Eltern entlastet, Kinder unterstützt und der Teufelskreis der Armut durchbrochen  
1784 werden.

1785 Das Jobcenter braucht zudem mehr Fachkräfte, die besser im psychosozialen Bereich und im  
1786 Betreuungsbereich ausgebildet sind. Wir fordern eine psychosoziale Beratung mit klinisch

1787 ausgebildetem Personal direkt im Jobcenter, bei der sich Arbeitslose und Vermittler  
1788 gleichermaßen beraten lassen können. Das hilft nicht nur den Betroffenen, sondern  
1789 entlastet insbesondere auch die Beschäftigten im Jobcenter.

### 1790 5.3. Bezirksamt der Zukunft – digital, grün und divers

#### 1791 Der Bezirk als attraktiver Arbeitgeber

1792 Eine moderne Verwaltung braucht ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal. Hier  
1793 haben wir in den letzten Jahren schon viel erreicht. Bewerbungsprozesse wurden  
1794 zentralisiert und digitalisiert, wodurch sich Stellenbesetzungsverfahren deutlich  
1795 beschleunigten. Bei planbaren (z.B. altersbedingten) Nachbesetzungen gab es nunmehr auch  
1796 eine vorausschauende Personalplanung, die zeitweise Doppelbesetzungen und damit den  
1797 notwendigen Wissenstransfer ermöglichte. Auszubildende wiederum werden im Regelfall nach  
1798 erfolgreichem Abschluss übernommen. Wir möchten den Bezirk Neukölln als Arbeitgeber  
1799 zukünftig noch attraktiver machen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass für  
1800 Mitarbeiter\*innen der Bezirksverwaltungen bei der Stellenbewertung die gleichen Maßstäbe  
1801 wie für Mitarbeiter\*innen der Senatsverwaltungen angewendet und somit eine gleiche  
1802 Bezahlung gewährleistet wird.

1803 Wir wünschen uns eine Belegschaft, die die Vielfalt Neuköllns auf allen Ebenen abbildet.  
1804 Bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeiter\*innen sollen bislang unterrepräsentierte  
1805 Gruppen besonders angesprochen werden. Wir setzen wir uns für die Umsetzung des neuen  
1806 Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) ein. In enger Zusammenarbeit mit der für  
1807 Antidiskriminierung zuständigen Senatsverwaltung soll das Diversity-Landesprogramm  
1808 umgesetzt und eine diversitätsorientierte Personalentwicklung vorangetrieben werden. Zudem  
1809 sollen Maßnahmen entwickelt werden, um die Durchlässigkeit von für Frauen, Menschen mit  
1810 Migrationsgeschichte sowie inter-, trans- und nicht binäre Mitarbeiter\*innen zur  
1811 Leitungsebene zu erhöhen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möchten wir verbessern.  
1812 Gerade auf Leitungsebene besteht hier noch Handlungsbedarf. Wir setzen uns daher auf  
1813 Landesebene dafür ein, dass die Voraussetzungen für Teilzeitstellen und Doppelbesetzungen  
1814 in Leitungsfunktionen geschaffen werden.

#### 1815 Barrierefreie und diversitätssensible Verwaltung

1816 Wir wollen die Verwaltung zugänglicher machen. Das fängt bei der Sprache an. Statt  
1817 Behördenkauderwelsch setzen wir uns für Kommunikation in leichter Sprache ein. Hiermit  
1818 haben wir in dieser Wahlperiode bereits begonnen und Informationsmaterial wie auch  
1819 Mieter\*innenschreiben im Milieuschutz dementsprechend aufbereitet. Informationsbroschüren  
1820 und persönliche Beratung sollen neben Deutsch auch in den Sprachen angeboten werden, die  
1821 in Neukölln am häufigsten gesprochen werden. Wir möchten, dass in öffentlichen Texten alle  
1822 Geschlechter sichtbar und im Verwaltungshandeln gleichbehandelt werden. Wir setzen uns  
1823 daher auch für die konsequente Umsetzung des von uns GRÜNEN erstrittenen  
1824 Landesantidiskriminierungsgesetzes auf Bezirksebene ein. Dazu gehört unter anderem, dass  
1825 für alle Mitarbeiter\*innen diversitätssensible und diskriminierungskritische Fortbildungen  
1826 angeboten werden, die für Mitarbeiter\*innen in Leitungsfunktionen verpflichtend sind.

#### 1827 Moderner und ökologischer Aus- und Umbau der Verwaltung

1828 Nach der bitteren Zeit der Sparpolitik haben wir in den letzten Jahren wieder viel Boden  
1829 gut machen können und dringend benötigtes Personal in der Verwaltung einstellen können.  
1830 Diesen Weg möchten wir wo nötig und möglich weitergehen. Zusätzliches Personal braucht  
1831 aber auch Platz. In den letzten Jahren konnte dieser Bedarf durch die Anmietung  
1832 verschiedener Büroflächen gedeckt werden. Auf Dauer sind Büromieten aber deutlich teurer

1833 als eigene Gebäude. Daher möchten wir neue Immobilien für die Unterbringung der wachsenden  
1834 Bezirksverwaltung akquirieren oder an geeigneten Standorten neu bauen. Beim Land setzen  
1835 wir uns für die Bereitstellung geeigneter Liegenschaften ein. Durch die Sanierung der  
1836 Bestandsgebäude stellen wir zudem bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten her und  
1837 bringen den Klimaschutz voran. So wollen wir die Gebäude energetisch sanieren und bis 2025  
1838 alle alle bezirkliche Liegenschaften, auf denen das nach aktuellem technischen Stand  
1839 möglich und sinnvoll ist, mit Solaranlagen ausstatten.

1840 Der Fuhrpark des Bezirks soll klimafreundlich umgebaut werden. Neben emissionsfreien  
1841 Kraftfahrzeugen sollen den Mitarbeitenden Dienstfahrräder sowie Dienst-E-Lastenräder zur  
1842 Verfügung gestellt werden. Wir wollen das Bezirksamt zu einem fahrradfreundlichen  
1843 Arbeitgeber entwickeln, die die aktive Mobilität seiner Mitarbeitenden finanziell und  
1844 ideell fördert. Dazu gehören ausreichende, sichere und trockene Abstellmöglichkeiten für  
1845 Fahrräder von Mitarbeitenden und Umkleideräume in den bezirklichen Liegenschaften.

#### 1846 Digitalisierung für Alle

1847 Die digitalen Serviceangebote möchten wir weiter ausbauen. Um den Zugang zu Internet und  
1848 Endgeräten für Alle zu ermöglichen, setzen wir uns für den Ausbau der öffentlich  
1849 zugänglichen digitalen Infrastruktur ein. Kostenlose WLAN-Netze und digitale Arbeitsplätze  
1850 sollen in Bibliotheken, Schulen, Jugendzentren ebenso wie in Freizeitstätten für  
1851 Senior\*innen und Kiezbüros entstehen. Bibliotheken sollen zudem vermehrt E-Reader und  
1852 Tablets zur Ausleihe anschaffen und das bereits bestehende sehr gute vorhandene Angebot  
1853 breiter und zielgruppengerecht bewerben.

1854 Wir wollen, dass alle Menschen eigenständig und sicher digitale Geräte verwenden können,  
1855 Berührungsängste abbauen und Grundlagen für einen sensiblen und mündigen Umgang mit  
1856 Internet-Angeboten vermitteln. Dafür bauen wir Fortbildungsangebote z.B. der  
1857 Volkshochschulen aus – speziell auch für Senior\*innen. Zudem wollen wir die Chancen  
1858 digitaler Plattformen für eine solidarische Nachbarschaft jenseits kommerzieller  
1859 Verwertungslogiken nutzen und uns dem – im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick schon  
1860 erfolgreich eingesetzten – Netzwerk „Soziale Nachbarschaft und Technik“ (SoNaTe)  
1861 anschließen.

#### 1862 Mehr Transparenz und Beteiligung für alle Neuköllner\*innen schaffen

1863 Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten im Bezirk weiter ausbauen. Im Rahmen der Berliner  
1864 Leitlinien zur Beteiligung von Bürger\*innen an der räumlichen Stadtentwicklung konnten vor  
1865 kurzem zwei langjährige GRÜNE Forderungen umgesetzt werden: die Veröffentlichung einer  
1866 Bauvorhabenliste und die Einrichtung einer Anlaufstelle für Bürger\*innenbeteiligung.  
1867 Künftig soll die Verwaltung zentral und aktuell über alle im Bezirk stattfindende  
1868 Beteiligungsprozesse informieren und neben den analogen auch die digitalen  
1869 Beteiligungsmöglichkeiten für alle Neuköllner\*innen ausbauen. Für die einzelnen Projekte  
1870 wollen wir verbindliche Beteiligungskonzepte entwickeln.

1871 Auch bei privaten Bauvorhaben werden wir uns weiterhin für eine umfassende  
1872 Bürger\*innenbeteiligung einsetzen. Dabei wollen wir die formalen Beteiligungsverfahren im  
1873 Rahmen von Bebauungsplanverfahren stärker bewerben und bei Investor\*innen darauf  
1874 hinwirken, dass Verfahren entsprechend der Leitlinien zur Beteiligung organisiert werden.  
1875 Darüber hinaus wollen wir alle genehmigungspflichtigen Bauanträge für den Bezirk – auch  
1876 solche ohne vorgeschriebene Beteiligungsverfahren – zeitnah über die Open-Data-Plattform  
1877 des Landes Berlin zugänglich machen.

1878 Partizipation soll sich aber nicht auf Bauvorhaben beschränken. Das mit grüner  
1879 Unterstützung etablierte Beteiligungsbüro soll helfen, auch Beteiligung in anderen

1880 Bereichen intensiver und besser zu gestalten. Als neues Instrument der Beteiligung wollen  
1881 wir Bürger\*innenräte einrichten, in denen sich zufällig geloste Menschen aus dem Bezirk an  
1882 Entscheidungsprozessen – etwa zur Definition und konkreten Umsetzung lokaler  
1883 Klimaschutzziele – mitwirken können.

1884 Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir besonders stärken und sie auch  
1885 explizit als Akteur\*innen in Beteiligungsverfahren der Stadtentwicklung einbeziehen.  
1886 Gemeinsam mit jungen Neuköllner\*innen wollen wir neue Formate und Ansätze entwickeln, die  
1887 in einer kinder- und jugendgerechten Form Beteiligung ermöglichen. Hierbei soll auch  
1888 verstärkt auf digital gestützte Formate geachtet werden. Wir unterstützen dabei die  
1889 Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments mit Anhörungsrecht bei der  
1890 Bezirksverordnetenversammlung und verlässlicher logistischer Unterstützung durch die  
1891 Einrichtung einer zuständigen Personalstelle im Bezirk. Auf Landesebene werden wir uns  
1892 weiter dafür einsetzen, dass das Wahlalter bei kommunalen Wahlen auf 14 Jahre gesenkt  
1893 sowie das Wahlrecht auf Nicht-EU-Bürger\*innen ausgeweitet wird. Damit erhöhen wir die  
1894 politische Mitbestimmung in unserem Bezirk.

#### 1895 5.4. Fundament sichern und klug investieren

1896 Bezirkliche Investitionen für Bildung und Verkehrswende sicherstellen

1897 In der kommenden Legislaturperiode werden die Folgen der Pandemie aufgrund geringerer  
1898 Steuereinnahmen in den öffentlichen Haushalten spürbar sein. Trotz geringerer Spielräume  
1899 ist es zentral, den begonnenen Weg fortzusetzen und die Bezirke fit für die  
1900 Herausforderungen einer wachsenden Stadt zu machen. Wir werden uns gegenüber dem Senat und  
1901 dem Abgeordnetenhaus für eine finanzielle Ausstattung der Bezirke stark machen, die auch  
1902 weiterhin Spielraum für eine politische Schwerpunktsetzung auf kommunaler Ebene  
1903 ermöglicht. Bei der Investitionsplanung wollen wir weiterhin Bildungseinrichtungen und  
1904 Maßnahmen der Verkehrswende priorisieren. Die zukünftig in Neukölln erzielten Einnahmen  
1905 aus der Parkraumbewirtschaftung möchten wir für Investitionen und Maßnahmen zur  
1906 Verbesserung der lokalen Fahrrad- und Fußweginfrastruktur, der Verkehrssicherheit und der  
1907 Verkehrsberuhigung in Wohngebieten einsetzen. Nachdem in den Jahren des rot-roten Senats  
1908 viele zentrale kommunale Dienstleitungen an Privatunternehmer outgesourct wurden, zeigen  
1909 sich zunehmend die negativen Folgen dieser Politik. In der letzten Wahlperiode konnten wir  
1910 neue Outsourcing-Projekte erfolgreich verhindern. In den nächsten Jahren wollen wir die  
1911 begonnene Stärkung im Grünflächenamt fortführen, die Rekommunalisierung der Schulreinigung  
1912 umsetzen und für weitere bezirkliche Dienstleistungen prüfen.

1913 Gemeinsam nachhaltig haushalten

1914 Wir wollen, dass sich die Politik stärker am Gemeinwohl als an finanziellen Kennzahlen  
1915 orientiert. Bei der Berechnung der Zuweisungen an die Bezirke sollen soziale und  
1916 ökologische Faktoren künftig stärker berücksichtigt werden als in der bisherigen  
1917 Fokussierung auf den günstigsten Preis. So schaffen wir für Anreize zur Verbesserung  
1918 bezirklicher Dienstleistungen für alle Neuköllner\*innen. Dafür werden wir uns auf  
1919 Landesebene ebenso einsetzen wie für eine – in einem Bezirkefinanzierungsgesetz verankerte  
1920 - insgesamt größere haushaltspolitische Eigenständigkeit der Berliner Bezirke.

1921 Die Beteiligungsmöglichkeiten an der Haushaltsplanung möchten wir ausbauen. Im Rahmen  
1922 eines echten Bürger\*innenhaushalts sollen Neuköllner\*innen über einen festgelegten Teil  
1923 des Haushalts direkt entscheiden können. Die geplanten Projekte im Rahmen der  
1924 Investitionsplanung sollen zusammen mit den Vorschlägen von Bürger\*innen bei  
1925 Bürger\*innenversammlungen vorgestellt und diskutiert werden. Das Votum der Versammlungen

1926 soll in der abschließenden Beschlussfassung über die bezirkliche Investitionsplanung  
1927 Berücksichtigung finden. Um eine faire Verteilung der Gelder sicherzustellen, wollen wir  
1928 das Gender-Budgeting weiterentwickeln und Verwaltungsmitarbeiter\*innen dazu verstärkt  
1929 fortbilden.

1930 Neukölln soll zudem endlich Fair Trade Town werden. Bei der Beschaffung von Waren und  
1931 Dienstleistungen durch den Bezirk muss fairer Handel eine zentrale Rolle spielen. Die  
1932 ersten Weichen dafür haben wir schon gestellt, in der nächsten Wahlperiode möchten wir den  
1933 Titel dann auch tatsächlich nach Neukölln holen. Das Berliner Vergabegesetz, das wir GRÜNE  
1934 auf den Weg gebracht und damit erstmals soziale und ökologische Vergabekriterien  
1935 eingeführt haben, wollen wir zudem aktiv auf der Bezirksebene umsetzen.